

6 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, auf der Saaluhr ist es jetzt 12.28 Uhr. Ich darf mit der Fragestunde beginnen und darf Herrn Klubobmann Ehmman ersuchen, seine Frage an Herrn Stadtrat Dr. Riegler zu stellen.

6.1 Frage 1: Alte Mälzerei auf Reininghausareal, künftige Nutzung als Kulturzentrum (GR Ehmman, SPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR Ehmman:

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie. Die alte Mälzerei auf dem Reininghaus-Areal ist ja durchaus ein architektonisches bemerkenswertes Objekt, wovon ja nicht ungefähr der Denkmalschutz, der damit verbundene, zusammenhängt. Auch der Anblick des Gebäudes ist überaus spektakulär und beeindruckend, vor allem wie innen auch das Untergeschoss bzw. dann der erste Stock mit den Rundbögen. Es gibt da viele Ideen schon dazu in diese Richtung der Kultur oder bzw. als Kultur- und Veranstaltungszentrum zu entwickeln, was ich sehr begrüße und auch mein Klub sehr begrüßt. Das Thema ist nur momentan, es wird schon lange darüber gesprochen, dass es in dieser Art eine Entwicklung geben soll. Mittlerweile hat aber die Genossenschaft von einem ehemaligen Projektentwickler übernommen und nachdem bei der Genossenschaft das Portfolio sicher nicht Kultur-, Kunst- und Ausstellungsentwicklung beinhaltet, glaube ich, ist die Stadt hier am Zug, hier was zu tun in diese Richtung und das relativ schnell, glaube ich, das Q1, also das Quartier 1, soll ja schon oder die Bagger sollen ja schon nächstes Jahr auffahren, das heißt, bevor diese ganze Entwicklung dort stattfindet, sollte, glaube ich, geklärt sein,

wie es hier weitergeht bzw. inwieweit hier die Stadt konkrete Überlegungen hat, mit der alten Mälzerei umzugehen. Und deshalb die

Frage

an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, welche konkreten Überlegungen seitens der Stadt Graz gibt es, die alte Mälzerei auf den Reininghausgründen mit ihren denkmalgeschützten und in dieser Form tatsächlich einzigartigen Architektur im Inneren wie außen zu einem öffentlichen Kultur-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum speziell für den neuen Stadtteil Reininghaus aber natürlich auch insgesamt für den Grazer Westen zu machen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Mit der sogenannten alten Mälzerei liegt auf dem Reininghaus-Areal ein architektonisch bemerkenswertes Objekt, das nicht von ungefähr unter Denkmalschutz steht: Ist schon der Anblick des Gebäudes von außen überaus beeindruckend, so bieten diese beiden großen Hallen im Untergeschoß wie auch im ersten Stock mit ihren Rundbögen ein fast atemberaubendes Flair. Und wer immer dieses Objekt bislang besucht hat, kam zur Überzeugung: Die alte Mälzerei ist nicht nur deshalb erhaltenswert, weil sie denkmalgeschützt ist – dieses Gebäude erzählt vielmehr im Inneren wie von außen die Geschichte dieses Stadtteils, des Grazer Westens und unserer Stadt insgesamt. Und somit wäre das Objekt auch ideal als ein in dieser Form einzigartiges für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehendes Kultur-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum, wie es dies den Konzeptionen für den neuen Stadtteil Reininghaus entspricht, wie Vergleichbares insgesamt im Grazer Westen fehlt; zudem wäre dies durch die Nähe zur FH Joanneum noch mit einer besonderen Attraktivität verknüpft.

Dementsprechend gibt es bereits seit vielen Jahren teils intensive bis konkrete Überlegungen betreffend die Nutzung der alten Mälzerei als besagtes Kultur-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum, federführend von Grazer Kulturschaffenden sowie Mitgliedern des Kulturbeirates der Stadt Graz entwickelt. Allerdings: Die alte Mälzerei – als Teil des Quartiers Q1 - ist nunmehr im Eigentum eines Gemeinnützigen Wohnbauträgers, nachdem dieser das Quartier vom ursprünglichen Projektentwickler übernommen hat. Nun wird niemand von einem Gemeinnützigen Wohnbauträger erwarten dürfen, dass er in Eigenregie ein Kultur-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum errichtet und führt, zumal dies sogar seinem ureigensten Aufgabenbereich widerspricht. Folglich wäre die Stadt gefordert, endlich tätig zu werden, damit dieses einzigartige Objekt in dieser Form der Öffentlichkeit als Kultur-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum erhalten bleibt und nicht einer gewerblichen Nutzung zugeführt wird. Klar ist aber auch: Die Zeit drängt – spätestens im kommenden Jahr werden auch im Q1 die Bagger auffahren, umso wichtiger wäre es, Entscheidungen betreffend eine Konzeption für die alte Mälzerei zu treffen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Welche konkreten Überlegungen seitens der Stadt Graz gibt es, die alte Mälzerei auf den Reininghausgründen mit ihrer denkmalgeschützten und in dieser Form tatsächlich einzigartigen Architektur im Inneren wie außen zu einem öffentlichen Kultur-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum speziell für den neuen Stadtteil Reininghaus aber auch insgesamt für den Grazer Westen zu machen?

StR Riegler:

Lieber Klubobmann Ehmman, danke für die Frage. Das gibt mir Gelegenheit, auch ein bisschen einen Überblick darüber zu geben, was da alles im Hintergrund dann

durchaus an Dingen passiert. In der Tat ist es, glaube ich, sehr wichtig, dass man in der Stadtentwicklung natürlich auch kulturelle Zentren hat, in denen auch Begegnung stattfinden kann, in denen einerseits Leute kreativ und innovativ arbeiten und andererseits aber eben auch Begegnungsstätten, Begegnungsräumlichkeiten möglich sind, die über einen bloßen Kaffeehausbetrieb hinausgehen. Insofern ist es, glaube ich, nicht nur dieser, sondern auch der letzten Stadtregierung ein großes Anliegen, da etwas zu entwickeln. Dementsprechend habe ich auch als Kulturreferent, das ist 2017, als ich die Funktion übernommen habe und seither übernehmen darf, sofort Gespräche geführt auch mit meiner Vorgängerin, was die ersten Ideen betrifft, die dort bereits entwickelt worden sind. Ich habe mich auch bereits mit der Gruppe „Reiningherz“, mit der Gruppe, die dort vor Ort auch eine Art Büro hat, unterhalten und habe Begehungen durchgeführt und wir haben auch z. Bsp. die Pressekonferenz für die Öffnung des Calls, als für die Beschlussfassung des Calls, die letzten Jahr im Sommer 2018 im Gemeinderat stattgefunden hat, extra dort stattfinden lassen in der Tennenmälzerei, um bereits zu signalisieren, Achtung, wir sind interessiert, wir wollen da was machen. Der Stand, du fragst mich, wie ist der Stand. Naja, es ist so: Es passiert im Hintergrund sehr viel. Tatsächlich hat es ein paar Gesprächsrunden bereits gegeben mit der ENW, Neue Heimat, also die Ennstaler, die eben Eigentümer sind. Es gibt durchaus auch bereits Gespräche mit möglichen Nutzern. Die eine oder andere Nutzung ist sogar schon klar. Wir reden über eine Zone im Erdgeschoss, die ein öffentlicher Raum sein sollte, den man betreten kann. Wo auch eine Bar sein wird, wo auch Büros von Institutionen sein könnten und wir reden im ersten und vom zweiten Stock von Flächen, die in unterschiedlichster Weise genutzt werden könnten als Atelierräumlichkeiten, als Proberäumlichkeiten, wie auch immer. Wie bei allen diesen Dingen ist es aber so, dass Schnellschüsse schlecht sind, denn würde man jetzt schnell sagen, ich gebe es dem Erstbesten und der soll dann etwas in Selbstverwaltung machen, dann besteht halt die Gefahr, wenn das nicht gut durchdacht ist, dass dann möglicherweise es als Projekt nicht gut funktioniert. Daher bitte ich darum, dass man mir noch die Zeit geben möge, dass ich da auch nach einer sinnvollen Nutzung suchen

kann. Es passiert einiges im Hintergrund, aber es gibt noch keine Ergebnisse, die so deutlich sind, dass man sie heute schon erzählen könnte (*Allgem. Appl.*).

Ehmann:

In welchen Zeitraum rechnest du, dass wir hier Bescheid bekommen bzw. eine Entwicklungsstatus stattfindet, wo man sagen kann, ok, oder wo auch die Genossenschaft natürlich damit rechnen kann, gut so geht der Weg dort weiter und damit ist zu rechnen.

StR Riegler:

Die Gespräche laufen gerade. Es gibt nächste Woche wieder einen Termin mit der Genossenschaft. Natürlich ist es letzten Endes auch nicht nur eine Projektfrage auf der Aktivseite, sondern auch eine Finanzierungsfrage auf der Passivseite und Sie können sich vorstellen, dass Sie alle hier als Repräsentantinnen und Repräsentanten der Grazer Stadtbevölkerung letzten Endes natürlich dann auch beurteilen müssen, ob wir uns eine bestimmte Nutzung auch finanziell in dieser Form leisten können. Denn, wie bei den meisten derartigen Nutzungen, geht es ja nicht bloß um die Erstanschaffung, um die Ersteinrichtung, um die Erstinvestition, sondern natürlich auch um die laufenden Betriebskosten. Mein Ansinnen geht in die Richtung, zumindest teilweise solche Nutzungen dort unterzubringen, die vielleicht woanders wegziehen, damit wir nicht mit jeder zusätzlichen Nutzung, die wir dort stattfinden lassen, auch zusätzliche laufende Ausgaben haben, den letzten Endes muss ja unser Ziel sein, auch für finanzielle Stabilität zu sorgen.

**6.2 Frage 2: Machbarkeitsstudie Plabutschgondel - jetzt gibt es sie doch?
(GR Swatek, Neos an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Swatek:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Zahlen und Fakten sind meiner Meinung nach die wichtigste Entscheidungsgrundlage in der Politik, besonders wenn es um Großprojekte wie die Plabutschgondel geht. Und als ehemaliger Stadtrechnungshofdirektor, der Sie ja sind, habe ich immer gedacht, dass ich mit Ihnen einen starken Verbündeten hätte. Doch bei der Plabutschgondel fehlen Zahlen, Daten und Fakten leider fast zur Gänze. Denn bis jetzt setzte man seitens der Rathauskoalition eher auf schöne PR-Grafiken und PR-Videos, statt wirklich die Fakten auf den Tisch zu legen. Zur Erinnerung: Im Gemeinderat 2017 beschlossen wir hier, dass eine Machbarkeitsstudie erstellt wird für diese Plabutschgondel. Im Sommer 2018 hieß es in medialen Berichten, dass die Machbarkeitsstudie fertig sei und dass es hier ein grünes Licht gäbe und dass man diese Plabutschgondel umsetzen könnte. Weder die Bürgerinnen und Bürger noch wir hier als Mitglieder des Gemeinderates, der diese Entscheidungen trifft, der darüber entscheidet, ob Geld verwendet wird für solche Großprojekte, hat diese Studie jemals gesehen bzw. überhaupt Zahlen, Daten und Fakten bekommen. Ich habe daher jetzt im Mai 2019 an Sie die Anfrage gestellt, da wir bereits auch neben dem Grundsatzbeschluss in der Höhe von 500.000 Euro auch einen Detailplanungsbeschluss beschlossen haben in der Höhe von 5.000 Euro, habe ich mir erlaubt, an Sie diesen Mai diese

Frage

zu stellen, wann Sie denn jetzt vorhätten, die Machbarkeitsstudie zu veröffentlichen? Da haben Sie vor zwei Monaten geantwortet, und das ist auch protokolliert und das kann jeder auch auf der Homepage der Stadt Graz nachlesen, es gibt derzeit noch keine Fertigkeitsmachbarkeitsstudie. Eine Aussage, die jetzt kürzlich am 1. Juli durch

den Stadtrechnungshof widerlegt wurde. Denn der Stadtrechnungshof veröffentlichte einen Bericht namens „Projekt Plabutsch-Planungsleistungen“ und dort stellt auf Seite 17 fest: „Aufbauend auf diese Variantenstudie beauftragte die Holding eine Machbarkeitsstudie an einen Seilbahnplaner mit technischen und kaufmännischen Variantenbeurteilungen sowie eine vertiefende Studie zur verkehrlichen Erschließung der verschiedenen identifizierten Varianten.“ Und jetzt kommt es: Die Studien lagen Ende März bzw. im April 2018 vor. Das heißt, die Studien sind seit spätestens April 2018 fertig, vor zwei Monaten, ein Jahr nach Fertigstellung dieser Studien haben Sie hier gegenüber uns noch klar festgestellt, dass es keine fertigen Studien gibt. Jetzt frage ich mich, warum halten Sie uns Gemeinderäten, die hier die Entscheidung treffen sollen, und auch den Bürgerinnen und Bürgern diese Fakten vor? Haben Sie Angst vor der Studie? Steht da irgendetwas drinnen, was wir nicht wissen sollten? Oder ist das alles nur ein PR-Trick, damit die Bürgerinnen und Bürger nur PR-Videos und PR-Fotos zu diesem Projekt kennen? Ich erlaube mir daher, die

Frage

an Sie eigentlich zu wiederholen von vor zwei Monaten und hoffe auf eine neue Beantwortung:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, nachdem Ihre Aussage, dass es noch keine fertige Machbarkeitsstudie zur Plabutschgondel gibt, vom Stadtrechnungshof widerlegt wurde, sind Sie bereit dazu, diese zu veröffentlichen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Zahlen und Fakten sind die wichtigste Entscheidungsgrundlage für das Fassen von Beschlüssen, besonders wenn es sich um teure Großprojekte wie die geplante Seilbahn auf den Plabutsch handelt. Doch im Zuge der Debatte zur Seilbahn wurde seitens der Stadtregierung auf aufpolierte PR-Grafiken gesetzt, statt die Fakten auf den Tisch zu legen. Fakten, wie sie etwa die Machbarkeitsstudie zur Gondel aufweist, die vom

Gemeinderat im September 2017 beschlossen wurde und auf deren Grundlage auch ein Beschluss zur Detailplanung gefasst wurde. Seit Anfang der Debatte fordere ich daher die Veröffentlichung dieser Machbarkeitsstudie, um den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch uns GemeinderätInnen endlich reinen Wein einzuschenken und um die Sinnhaftigkeit der Gondel auf Basis der Faktenlagen einschätzen zu können.

In der Gemeinderatssitzung vom 9. Mai dieses Jahres stellte ich daher hier bereits die Frage an Sie, wann Sie dazu bereit wären, die Machbarkeitsstudie zu veröffentlichen. Sie antworteten: „Es gibt derzeit noch keine fertige Machbarkeitsstudie.“ Eine Aussage, die sich aufgrund des kürzlich veröffentlichten Berichts des Stadtrechnungshofes als falsch herausstellt. Im Bericht: „Projekt Plabutsch – Planungsleistungen“ stellt der Stadtrechnungshof auf Seite 17 fest:

„Aufbauend auf diese Variantenstudie beauftragte die Holding eine Machbarkeitsstudie an einen Seilbahnplaner mit technischen und kaufmännischen Variantenbeurteilungen sowie eine vertiefende Studie zur verkehrlichen Erschließung der verschiedenen identifizierten Varianten. Die Studien lagen Ende März bzw. im April 2018 vor.“

Mehr als ein Jahr nach Fertigstellung der Studie verneinten Sie noch die Existenz einer fertigen Studie. Doch warum sollten Sie eine fertige Studie der Bevölkerung vorenthalten? Ist das Ergebnis nicht so positiv, wie Sie es gerne hätten oder spricht aus Ihnen die Angst vor einem faktenbasierten öffentlichen Diskurs, ganz unbeeinflusst von aufpolierten PR-Videos und Fotos. Die Gründe Ihrer Aussage vor zwei Monaten kennen nur Sie. Klar ist jedoch, dass diese Studie existiert und die Grazerinnen und Grazer sowie wir Gemeinderäte ein Recht haben, in diese Einblick zu nehmen.

Sehr geehrter Dr. Stadtrat Riegler,

nachdem Ihre Aussage, dass es noch keine fertige Machbarkeitsstudie zur Plabutschgondel gibt, vom Stadtrechnungshof widerlegt wurde, sind Sie jetzt bereit dazu, diese zu veröffentlichen?

Quellen: Ihre Antwort in der letzten Fragestunde:

https://www.graz.at/cms/beitrag/10332677/9375341/Aus_dem_Gemeinderat_I_Fragestunde.html

StR Riegler:

Dazu gleich einmal ein paar Eingangsbemerkungen. Also erstens einmal, wenn Sie mich kennen und ich denke, jetzt kennen wir uns schon eine Zeit lang, dann wissen Sie, dass ich wirklich immer für Gespräche offen bin und dass ich für einen sachlichen Austausch da bin. Wenn Sie mir über die Zeitung ausrichten, dass ich mein Ressort nicht im Griff habe und dass ich nicht wisse, was in meinem Ressort passiert, dann halte ich das, ehrlich gesagt, für ein bisschen einen Untergriff, ganz leicht nur, aber ein bisschen schon. Wenn Sie mich fragen, warum vorenthalten, dann möchte ich jetzt wieder einmal dort anfangen, wo man eigentlich anfangen muss, nämlich bei der gesellschaftsrechtlichen Verantwortung, der Sorgfalt des Vorstandes, der Geschäftsführung einer GmbH. Denn selbstverständlich muss man, wenn man in seinem Unternehmensgegenstand für öffentliche Beförderung, für öffentlichen Verkehr, für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zuständig ist, muss man sorgfältig Dinge vorbereiten, muss man sie sorgfältig planen und kann nicht einfach so jeden Tag, weil es gerade lustig ist, mit irgendwelchen Zwischenergebnissen herausgehen. Also die Frage, warum wird etwas vorenthalten, kann man so beantworten, dass man erstens sagen muss, es gebietet die betriebswirtschaftliche Sorgfalt eines GmbH-Geschäftsführers Malik, dass er eben nicht jetzt die Dinge gleich herausgibt, wenn sie halbfertig sind, sondern eben ein Gesamtpaket an Unterlagen zusammenstellt, das sich eben nicht nur aus seilbahntechnischen und aus Rodungsfragen zusammensetzt, sondern eben auch aus rechtlichen Fragen, aus Finanzierungsfragen. Also gewissermaßen die Frage des Baubescheides genauso wie die Frage des Bausparvertrages, um es auf private Haushalte zu übertragen. Daher der Grund ist, dass man derzeit noch nicht alles herausgeben möchte, liegt schlicht und ergreifend darin begründet. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, dass es, glaube ich, mehrfach in diesem Saal, in diesem Raum klagend und erklärt worden ist, dass es natürlich eine politische Methode ist, wenn man etwas nicht will und wenn man etwas in Misskredit bringen möchte, möglichst früh und möglichst intensiv dagegen zu kampagnisieren. Natürlich ist es aus der Perspektive derer, die etwas dagegen haben, natürlich unglaublich reizvoll, Druck zu erzeugen, möglichst rasch, möglichst schnell

irgendwelche Informationen zu bekommen, um sie dann auszukampagnisieren. Diese Stadtregierung hat sich dazu bekannt, dass sie sagen, wir gehen in eine Befragung, wir legen dann, wenn wir alle Unterlagen beieinander haben, diese Dinge gemeinsam vor und dann sollen alle Bürgerinnen und Bürger möglichst gut auf einer möglichst gut informierten Basis entscheiden können, was sie davon halten (*Allgem. Appl.*).

Swatek:

Ja, Herr Stadtrat Riegler, ich glaube, es gebietet die Sorgfältigkeit und die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, hier im Gemeinderat Entscheidungen auf Grundlage von Fakten zu treffen. Fakten, die Sie uns beim Detailplanungsbeschluss vorenthalten haben. Das ist Fakt und daher glaube ich auch, dass man sich da nicht so einfach rausreden kann. Denn die Frage ist halt, was genau wollen Sie noch wie verschönern oder woran wollen Sie noch arbeiten? 2017 gab es den Beschluss. Es sind zwei Jahre mittlerweile vergangen und Sie haben es noch immer nicht geschafft, Zahlen, Daten und Fakten so zusammenzutragen, dass es für Sie auch verkraftbar ist, diese zu veröffentlichen, während der Stadtrechnungshof klar feststellt, dass die Unterlagen, die Ihnen derzeit vorliegen, der einer Machbarkeitsstudie-Analyse entsprechen. Und, ich glaube, es ist einfach nur sorgfältig auch ihrerseits, wenn Sie diese Informationen mit dem Gremium, das hier diese Entscheidungen trifft, auch teilen würden. Von mir aus auch nur einmal in einem Ausschuss etc., aber selbst dazu sind Sie ja nicht bereit. Sondern Sie verstecken sich halt wirklich dahinter, dass Sie das nicht veröffentlichen und daher meine

Frage:

Wann veröffentlichen Sie das *endlich* (*Allgem. Appl.*)?

StR Riegler:

Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass gerade bekanntlich vor wenigen Wochen die Vorprüfung zur UVP begonnen hat und letzten Endes werden wir ganz genau Bescheid wissen, wenn wir die UVP durchgeführt haben und es gibt derzeit natürlich die Vorprüfung der Finanzierungsmodelle. Wir reden mit der Europäischen Investitionsbank. Es passieren sehr viele Dinge und sobald alle Fakten auf dem Tisch sind, wenn alles zusammengestellt ist, wird das natürlich veröffentlicht (*Allgem. Appl.*).

**6.3 Frage 3: Fernbus-Haltestelle Girardigasse
(GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Kopera:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte KollegInnen, geschätzte Gäste auf der Galerie, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, liebe Elke. In der Fragestunde vom 12.4.2018 stellte ich eine Frage betreffend den improvisierten Busbahnhof in der Girardigasse, da dieser lediglich aus einem schmalen Gehsteigstreifen besteht, der auch für den normalen Fußgängerverkehr dient. Als Infrastruktur gibt es lediglich einen etwas über Haushaltsgröße vorhandenen Mistkübel, andere Dinge, die an einem Busbahnhof wünschenswert wären, wie etwa eine Sitzgelegenheit, ein WC, einen Getränkeautomaten, eine überdachte Wartemöglichkeit, absperrbare Gepäcksaufbewahrung, einen Trinkbrunnen gibt es nicht. Abgesehen davon, dass bei laufendem Fußgängerverkehr für das Be- und Entladen des Autobusses der Gehsteig viel zu schmal ist, muss man sich genieren, wenn ausländische Gäste in die zweitgrößte Stadt Österreichs kommen und an einem Gehsteig einfach aus dem Bus gelassen werden ohne Infrastruktur. Die Frage nach Aktivität zur Sanierung dieses Missstandes wurde damals schriftlich etwas schwammig so beantwortet: Ich zitiere: „Ich bin in diesem Zusammenhang von KundInnen und BewohnerInnen angesprochen worden, dass dieser Standort nicht gut geeignet ist, etwa, weil der Motor der Busse läuft und

das Lärm macht, aber das ist eine andere Geschichte. 2019 sind Sanierungen der Girardigasse geplant und da soll eine Attraktivierung des Einstiegsbereiches kommen, etwa eine Überdachung und eine Sitzgelegenheit. Hier ist das Verkehrsamt mit der Firma Ankünder im Gespräch“, Zitat Ende.

Bisher hat sich gar nichts geändert. 2019 ist bereits zur Hälfte vergangen, die Mistkübel sind nach wie vor übertoll, Sitzgelegenheiten gibt es nach wie vor nicht, von einem WC ganz zu schweigen.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

Was wirst du unternehmen, um die Fernbus-Haltestelle in der Girardigasse im Sinne der Grazerinnen und Grazer und unserer willkommenen Gäste zu attraktivieren bzw. dieses Problem zu lösen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

In der Fragestunde vom 12.4.2018 stellte ich eine Frage betreffend den „Busbahnhof“ in der Girardigasse, da dieser lediglich aus einem schmalen Gehsteigabschnitt, der auch für normalen Fußgängerverkehr dient, besteht. Als „Infrastruktur“ gibt es nur einen auf einem Haltestellenschild angebrachten Mistkübel in Haushaltsgröße.

Die Infrastruktur, die man sich für einen Busbahnhof wünschen würde, muss man sich dazu denken: überdachte Wartemöglichkeit, Bänke, Getränke/Snack-Automat, absperzbare Gepäckaufbewahrung, Mülltrennung, Trinkbrunnen, WC ...

Abgesehen davon, dass bei laufendem Fußgänger-Verkehr für das Be- und Entladen eines Autobusses der Gehsteig viel zu schmal ist, muss man sich genieren, wenn ausländische Gäste in der zweitgrößten Stadt unseres Landes ohne Ersichtlichkeit und Komfort einer Fernbus-Station an- bzw. abreisen müssen.

Die Frage nach Aktivität zur Sanierung dieses Missstandes wurde damals schriftlich etwas schwammig so beantwortet: „Ich bin in diesem Zusammenhang von KundInnen und BewohnerInnen angesprochen worden, dass dieser Standort nicht gut geeignet ist, etwa, weil der Motor der Busse läuft und das Lärm macht, aber das ist eine andere Geschichte. 2019 sind Sanierungen der Girardigasse geplant und da soll eine Attraktivierung des Einstiegsbereiches kommen - etwa eine Überdachung und eine Sitzgelegenheit. Hier ist das Verkehrsamt mit der Firma Ankünder im Gespräch.“ Bisher hat sich gar nichts geändert, 2019 ist bereits zur Hälfte vergangen, die Mistkübel sind nach wie vor übervoll, Sitzgelegenheit gibt es nach wie vor keine, von einem WC ganz zu schweigen.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, folgende

Frage:

„Was wirst du, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, unternehmen, um die Fernbus-Haltestelle in der Girardigasse im Sinne der Grazerinnen und Grazer und unserer willkommenen Gäste zu attraktivieren bzw. dieses Problem zu lösen?“

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Genau das, was ich auch 2018 dir schon in der Beantwortung gesagt habe: Auf unsere Initiative hin, von der Abteilung für Verkehrsplanung, werden wir heuer 2019 genauso, wie ich es dir damals schon gesagt habe, dort ein Wartehäuschen aufstellen inklusive Sitzgelegenheit; die öffentlichen WC-Anlagen, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, befinden sich in fußläufiger Entfernung am Jakominiplatz und in der Franz-Graf-Allee zwischen 150 und 200 m, ebenso auch die Gepäcksaufbewahrung und diverse Versorgungsmöglichkeiten. Also wir von der Abteilung für Verkehrsplanung werden gemeinsam mit der Firma Ankünder dort ein Wartehaus errichten und auch Sitzgelegenheiten errichten und zwar heuer im Sommer

im Zuge der Straßensanierung, genauso, wie ich es Ihnen damals gesagt habe (*Allgem. Appl.*).

Kopera:

Vielen Dank, ich hoffe, dass ich die Frage 2020 nicht wieder stellen muss.

**6.4 Frage 4: Ausbau der GKB-Strecke in Graz
(GR Luttenberger, KPÖ an StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste auf der Galerie. Die GKB ist ja ein unendliches Thema und ich möchte den Motiventext ein bisschen zusammenkürzen, schlagwortartig. Ab 2021 möchte die GKB, die Graz-Köflacher Bahn, im Rahmen der nahenden Fertigstellung der Koralmbahn ebenfalls ein großes Ausbauprogramm beginnen. Das heißt laut Medienberichten Elektrifizierung, das heißt, zweigleisige Zulegung im Grazer Stadtgebiet, das heißt Neuanschaffung von Triebfahrzeugen usw. Das ist im Prinzip natürlich eine gute Sache. Und ich weiß auch, dass die ganze gesetzliche Handhabe über die Abwicklung ja nicht unbedingt in Graz liegt. Aber Fakt ist auch, dass das Grazer Stadtgebiet das Nadelöhr ist dieser geplanten Ausbaumaßnahmen. Ich möchte auch dazusagen, dass ich persönlich durchaus eine positive Grundeinstellung habe. Das hätte ja schon alles vor 30 Jahren passieren müssen und hoffen wir, dass jetzt endlich einmal das irgendwie in die Hand genommen wird. Meine

Frage

an Sie, sehr geehrte Frau Umweltstadträtin: Inwiefern ist das Umweltamt über diese Pläne informiert und inwieweit ist das Umweltamt auch in diese Planungen eingebunden (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Die jüngsten Ankündigungen seitens der GKB, in den nächsten Jahren großzügig in ihr Schienennetz zu investieren (Stichwort: Elektrifizierung, Errichtung bestimmter zweigleisiger Streckenabschnitte, Aus- und Umbauten bei Bahnübersetzungen, Anschaffung neuer Garnituren usw.) sind erfreulich, haben aber selbstverständlich erhebliche Auswirkungen auf Graz und die dort an der GKB-Trasse lebenden Menschen. Erinnerung noch die lange Debatte um die Tieflegung einer 110-KV-Einspeisungsleitung für die künftige Koralmbahn, die angeblich nur neben dem Grazer GKB-Streckenteil möglich war, da bei der (elektrifizierten) Südbahnstrecke mit großen Funktionsstörungen im Fahrbetrieb argumentiert wurde. Nun soll also in absehbarer Zeit die GKB-Strecke elektrisch betrieben werden.

Dies wirft zugleich die Frage auf, welche Stellen der Stadt Graz bzw. des Landes Steiermark und vom Bund mit diesem Vorhaben - auch nach Aspekten von Umwelt und Gesundheit – eingebunden werden.

Es bleibt – gerade im Interesse der vor Ort lebenden Menschen - mehr als richtig und wichtig, vor den genannten Bahnausbauvorhaben diverse Behördenverfahren zur Beurteilung der ökologischen und gesundheitlichen Aspekte einzuleiten.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Inwiefern ist das Umweltamt informiert und in die aktuellen Planungen für den Ausbau der GKB auf dem Grazer Stadtgebiet eingebunden?

StRⁱⁿ Schwentner:

Ich muss die Antwort leider kurz machen. Ich verstehe das Ansinnen, weil es ein großer Umbau ist und eine große Veränderung in dem Gebiet, sowohl was die Verkehrssituation anbelangt als natürlich die Wohnsituationen, die Gesundheit von Bewohnern und Bewohnerinnen dort, aber die Antwort ist kurz: Das Umweltamt wurde nicht eingebunden, nie, und weiß auch nichts von den Plänen im Detail. Der Letztkontakt des Umweltamtes war im Zusammenhang mit dem Verkehrskataster mit der GKB in Bezug auf die Lärmbelastung. Leider.

Luttenberger:

Zusatzfrage. Also dann ersuche ich wirklich dringendst, dass man sich hier die Informationen holt, denn es gibt einen gewissen Fragebedarf von Bürgerinnen und Bürgern, die an der Trasse wohnen. Danke (*Appl.*).

StRⁱⁿ Schwentner:

Das machen wir gerne. Ich frage auch nur zurück an die Kollegin Kahr, weil es natürlich in erster Linie die Verkehrssituation betrifft und aus der Verkehrssituation heraus dann die Menschen betroffen sind, was ihre gesundheitlichen Auswirkungen und sonst etwas betrifft. Also, wenn er weitere Rückfragen hat, das Ressort Kahr befragen und dann können wir uns das gemeinsam anschauen, weil das Umweltamt, wie Sie wissen, ist nicht unbedingt der richtige Ansprechpartner.

Zwischenruf GR Luttenberger: Die UVP-Prüfung ist das Schlüsselwort.

Mag. Nagl:

Also ich denke mir, ich habe es von der Frau Stadträtin Kahr soeben in Erfahrung gebracht, dass die Verkehrsabteilung durchaus in Kontakt mit dem Unternehmen ist und dass wir vielleicht dann auch einmal uns gemeinsam abstimmen vom Gesundheitsamt über das Umweltamt bis zur Verkehrsabteilung, wenn das notwendig ist, und das werden wir sicherlich koordinieren.

**6.5 Frage 5: Ausschreibung GUST-Mobil
(GR Ing. Lohr, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Frau Stadtrat. Das „GUSTmobil Graz“ Sammeltaxi soll ja im September in Betrieb gehen und wird helfen, Lücken im öffentlichen Verkehr sinnvoll zu schließen. Besonders Gebiete in Straßgang und Wetzelsdorf, die abseits der Buslinien liegen, sind Ziel des Angebots. Daher ist es auch nachvollziehbar, dass das Sammeltaxisystem bei der letzten Bezirksversammlung in Wetzelsdorf vorgestellt wurde. Neben Informationen zum Ablauf einer Buchung wurde auch der Betreiber für die Taxis als die „Taxi 878 GmbH“ genannt. Dies sorgte im Bezirk für Verwunderung, da zahlreiche andere namhafte Taxiunternehmen auch ihren Sitz in der Stadt Graz haben. So ist etwas ein Taxiunternehmen mit einem Sitz in Wetzelsdorf vertreten, das sowohl in den geographischen GUST-Gültigkeitsbereich fällt, wie auch ansässige Taxikunden besser kennt als bezirksferne Unternehmen.

Es ergeht daher folgende

Frage

an Sie: Anhand welcher Kriterien erfolgte die Vergabe für das „GUSTmobil Graz“ Sammeltaxisystem an das im Motivenbericht genannte Unternehmen?

Originaltext der Frage:

Das „GUSTmobil Graz“ Sammeltaxisystem soll im September d. J. in Betrieb gehen und wird helfen, Lücken im öffentlichen Verkehr sinnvoll zu schließen. Besonders Gebiete in Straßgang und Wetzelsdorf, die abseits der Buslinien liegen, sind Ziel des Angebots. Daher ist es auch nachvollziehbar, dass das Sammeltaxi bei der letzten Bezirksversammlung in Wetzelsdorf vorgestellt wurde.

Neben Informationen zum Ablauf einer Buchung wurde auch der Betreiber für die Taxis als die „Taxi 878 GmbH & Co KG“ genannt. Dies sorgte im Bezirk für Verwunderung, da zahlreiche andere namhafte Taxiunternehmen ihren Sitz in der Stadt Graz haben. So hat etwa ein Taxiunternehmen seinen Sitz in Wetzelsdorf, das sowohl den geographischen GUST-Gültigkeitsbereich wie auch die ansässigen Taxikunden besser kennt als bezirksferne Unternehmen.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Anhand welcher Kriterien erfolgte die Vergabe für das „GUSTmobil Graz“ Sammeltaxisystem an das im Motivenbericht genannte Unternehmen.

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr. Danke für die Anfrage. Ich muss ein bisschen weiter ausholen, vielleicht auch nur noch einmal zur Erinnerung und Chronologie: Betreiber des GUSTmobils ist nicht die Taxi 878-GesmbH. Bei der Bezirksversammlung in Wetzelsdorf, ich war dort ja selber nicht dabei, aber ich habe da eine Rückfrage gehalten, die war am 5. Juni, ist das Projekt GUSTmobil, wie Sie es angesprochen

haben, vorgestellt worden. Es mag vielleicht sein, dass danach in dem anschließenden informellen Teil gesagt wurde. Wenn es so war, dann ist es ein Missverständnis gewesen, also das Taxi 878 ist auf jeden Fall nicht Betreiber. Für den Probetrieb, wie Sie wissen, das ist ja auch im Verkehrsausschuss vorgestellt worden, wurde als Betreiber des GUSTmobils Graz, die ISTmobil GesmbH beauftragt und die sind als Generalunternehmer eine Vermittlungsplattform und bedient sich ortsansässiger Taxiunternehmer. Die ISTmobil ist ja im Privateigentum, steht es ihr natürlich auch frei, wenn sie die Fahrten im Rahmen des GUSTmobils vermittelt. Im Rahmen des Probetriebes hat sich die ISTmobil für die Vermittlung am Taxiunternehmen entschieden, die an die Taxifunkzentrale 878 angehängt sind, da es hier aus den GUSTmobil-Verträgen mit Graz-Umgebung schon ein Vertragsverhältnis gibt und wir uns dort angehängt haben. Über die Funkzentrale 878 werden rund 200 Taxis koordiniert, die sich auf insgesamt 120 Taxiunternehmen verteilen, diese sind über ganz Graz verteilt. Es kann also keine Rede davon sein, dass bezirksferne Unternehmen eingesetzt werden, sondern vielmehr wird bei der Fahrtvermittlung dafür Sorge getragen, dass vor allem die örtlich nächstgelegenen Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Wie die ISTmobil dazu auch mitgeteilt hat, werden zudem bei der Fahrtvermittlung im Rahmen des GUSTmobils Graz ausschließlich eben ortsansässige Grazer Taxi herangezogen und es wird keine Vermittlung an die Unternehmen aus dem Bezirk Graz-Umgebung erfolgen. Die Beauftragung ist nur für den Probetrieb erfolgt, das Auftragsvolumen liegt unter 100.000 Euro netto, also ist eine Direktvergabe zulässig. Die Vergabe an die Vermittlungsplattform ISTmobil erfolgte auch aus dem Grund heraus, dass dieses Unternehmen bereits das Projekt GUSTmobil bis Ende Juni 2020 betreibt und damit eine nahtlose und für uns unkomplizierte Eingliederung in das Projekt für den Probetrieb erfolgen kann. Mit Herbst 2019, das haben wir auch informiert im Ausschuss, wird bereits die Ausschreibung für die Projektverlängerung für das Gesamtprojekt bis nach Juni 2020 durch das Regionalmanagement „Steirischer Zentralraum“ vorbereitet werden. Und da werden wir wiederum informieren und wir hoffen, dass wir mit der Umsetzung im September auch starten können (*Allgem. Appl.*).

Lohr:

Danke, Frau Stadtrat, für die Aufklärung. Das Ergebnis ist ja doch so ähnlich, wie ich es geschildert habe. Die

Zusatzfrage

geht in die Richtung: Sind Sie bereit, an die ISTmobil-Gesellschaft heranzutreten, dass sie dann nach ein, zwei Jahren oder in dem Probezeitraum auch eine Evaluierung machen, wie die Fahrgäste eben zufrieden sind? Ob die Taxis, die eben beauftragt werden, ob die dem Standard entsprechen. Ob sie eben auch mit der Qualität quasi zufrieden sind (*Allgem. Appl.*).

Mag. Nagl:

Das wird die Frau Stadträtin tun.

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr gerne und das ist auch notwendig. Ganz genau. Also gar nicht so lange hinwarten, wir haben das nur als befristet gesehen und das ist ganz wichtig, auch zu schauen, passt das überhaupt für die Gebiete, wo wir sie einsetzen und wie ist da die Zufriedenheit? Gerne (*Allgem. Appl.*).

Mag. Nagl:

Da dies ja ein Projekt der Region ist, nämlich Graz, Graz-Umgebung und Voitsberg, und da auch die Fördergelder für das GUSTmobil zur Verfügung gestellt wurden. Das Projekt wurde, glaube ich, damals von Ernst Gödl entwickelt. In Graz-Umgebung wurde es schon recht gut angenommen. Wir haben es dann gerade für die Randbezirke auch

übernommen und ich glaube, es ist sogar auch beschlossen in der Regionsitzung, dass ein Evaluierungsbericht vorzulegen ist.

**6.6 Frage 6: Zukunft der Grazer Stadtteilarbeit
(GRⁱⁿ Mag.^a Wutte, Grüne an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)**

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, wo ich auch ganz herzlich Vertreter der Stadtteilzentren begrüßen möchte, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Meine Frage bezieht sich auf Ihre jüngsten Entscheidungen betreffend die Grazer Stadtteilarbeit.

In jahrelanger Arbeit wurde die Grazer Stadtteilarbeit aufgebaut: Stadtteilarbeit soll „mit Methoden der Gemeinwesenarbeit Menschen die Teilhabe am und Mitgestaltung des Lebens in Graz ermöglichen“, so ist es auch im Leitbild Stadtteilarbeit, das wir 2015 im Gemeinderat beschlossen haben, festgehalten. Ein Stadtteilzentrum bietet viele unterschiedliche Dinge an, z. Bsp. kostenlose Nachhilfe, gemeinsamer Sport, Kost-Nix-Läden, Sperrmüllsammlungen, Deutsch-Konversationsgruppen, gemeinsames Garteln, gemeinsames Kochen und Straßenfeste. Es ist sehr, sehr vielfältig und deckt wirklich die Bedürfnisse ganz vieler Menschen in den Siedlungen dort ab. Sie haben entgegen der ausdrücklichen Empfehlung vieler Expertinnen und Experten und auch das Grazer Menschenrechtsberichtes beschlossen, die Stadtteilzentren in Zukunft nur mehr wie Nachbarschaftszentren in der Höhe von 25.000 Euro pro Jahr zu fördern. Mit dieser Summe wird die Bezahlung einer hauptamtlichen Koordinationsperson und damit auch die Bereitstellung der genannten vielfältigen Angebote nicht mehr oder nur noch sehr schwer möglich sein.

Herr Vizebürgermeister, ich frage mich auch, ob Sie selbst persönlich schon jemals in einem Stadtteilzentrum gewesen sind. Ich habe den Eindruck, dass das nicht der Fall ist. Wenn Sie nämlich dort gewesen wären, dann wüssten Sie, dass dort auch ganz

viele Menschen andocken, die sonst wenig Kontakte haben, die wenig aus ihrer Wohnung hinausgehen. Denen es nicht so leicht fällt, Menschen kennenzulernen und denen es nicht so leicht fällt, andere Angebote in Anspruch zu nehmen. Dann wüssten Sie, dass diese Menschen in den Stadtteilzentren ein bisschen Gemeinschaft finden, ein bisschen Zusammenhalt, dass sie dort Menschen finden, mit denen gemeinsam Weihnachten feiern, mit denen Sie gemeinsam Feste feiern können. Dann wüssten Sie, dass Sie dort Menschen finden, die Ihnen z. Bsp. einen Brief erklären von einer Behörde, den sie nicht verstehen. Und ich verstehe nicht, warum Sie diesen Menschen jetzt ihre Ansprechperson nehmen. Ohne irgendeine sachliche Grundlage. Ich habe den Eindruck, Sie machen es einfach nur, weil Sie können und ich finde es wahnsinnig unfair gegenüber den Menschen, die die Stadtteilzentren regelmäßig nutzen.

Zurück zu den Fakten: Über die Basisförderung hinaus können die Nachbarschaftszentren zusätzlich projektbezogene Förderungen beantragen. Sie haben bestimmt, dass diese projektbezogenen Förderungen in Zukunft im Bezirksrat vorberaten werden sollen. Und diesen Schritt haben Sie damit begründet, dass die gewählten BezirksrätInnen ExpertInnen für ihre Bezirke sind. Überraschenderweise wurden aber nun diverse Projektanträge, die in den Bezirksräten mehrheitlich beschlossen wurden, also denen zugestimmt wurde, von Ihnen wiederum abgelehnt. Also überhaupt nicht nachvollziehbar aus meiner Sicht. Deswegen

frage

ich Sie Folgendes: Auf welcher Basis vergeben Sie Projektförderungen im Rahmen der Grazer Stadtteilarbeit, zumal die Empfehlungen der BezirksrätInnen und ihre von Ihnen explizit ins Feld geführte Expertise scheinbar nicht ausschlaggebend sind (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Meine Frage bezieht sich auf Ihre jüngste Entscheidungen betreffend der Grazer Stadtteilarbeit.

In jahrelanger Arbeit wurde die Grazer Stadtteilarbeit aufgebaut: Stadtteilarbeit soll „mit Methoden der Gemeinwesenarbeit Menschen die Teilhabe am und die Mitgestaltung des Lebens in Graz ermöglichen“, so ist es auch im Leitbild Stadtteilarbeit, das 2015 im Gemeinderat beschlossen wurde, festgehalten. Da die Ressourcen der Menschen für aktive Teilhabe unterschiedlich sind, entstanden auch zwei unterschiedliche Strukturen. Neben den sogenannten Nachbarschaftszentren wurden in Gegenden mit sozioökonomisch benachteiligten Menschen Stadtteilzentren aufgebaut. Im Gegensatz zu den Nachbarschaftszentren gab es dort zumindest eine hauptamtliche Ansprechperson, die diverse ehrenamtliche Angebote koordinierte und den SiedlungsbewohnerInnen bei den unterschiedlichsten Anliegen niederschwellig mit Rat und Tat zur Seite stand. Im Repertoire eines Stadtteilzentrums befinden sich so unterschiedliche Angebote wie kostenlose Nachhilfe, Deutsch-Konversationsgruppen, gemeinsamer Sport, Kost-Nix-Läden, Sperrmüllsammlungen, gemeinsames Garteln, gemeinsames Kochen und Straßenfeste.

Sie haben entgegen der ausdrücklichen Empfehlung vieler ExpertInnen und auch des Grazer Menschenrechtsberichts beschlossen, die Stadtteilzentren in Zukunft nur mehr wie Nachbarschaftszentren mit maximal 25.000 € pro Jahr zu fördern. Die Bezahlung einer hauptamtlichen Koordinationsperson und die Bereitstellung der genannten vielfältigen Angebote sind damit nicht mehr möglich.

Über die Basisförderung hinaus können die Nachbarschaftszentren zusätzlich projektbezogene Förderungen beantragen. Die Vergabe der projektbezogenen Förderungen wird nun im Bezirksrat vorberaten. Diesen Schritt haben Sie damit begründet, dass die gewählten BezirksrätInnen ExpertInnen für ihre Bezirke seien. Überraschenderweise wurden aber nun diverse Projektanträge, denen die Bezirksräte mehrheitlich zugestimmt hatten, von Ihnen abgelehnt.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Auf welcher Basis vergeben Sie Projektförderungen im Rahmen der Grazer Stadtteilarbeit, zumal die Empfehlungen der BezirksrätInnen und deren von Ihnen explizit ins Feld geführte Expertise scheinbar nicht ausschlaggebend ist?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Wohl, Frau Gemeinderätin, dem Bezirksrat fällt mit seiner Empfehlung eine wichtige Entscheidungsgrundlage zu. Die Anträge unterliegen in weiterer Folge einer fachlichen Überprüfung durch das Amt für Wohnungsangelegenheiten, nach Rücksprache mit dem Amt für Wohnungsangelegenheiten fälle ich als verantwortlicher Stadtsenatsreferent dann die jeweiligen Entscheidungen auch nach budgetären Gesichtspunkten und vor allem nach den Inhalten und wie diese abgegeben worden sind und ob sie ordnungsgemäß und formal richtig abgegeben worden sind. Ganz nachvollziehbar, und so wird es auch in weiterer Folge erfolgen (*Allgem. Appl.*).

Wutte:

Also ich habe aus der Antwort wiederum keine inhaltliche Begründung heraushören können und werde den Eindruck nicht los, dass ich auch nicht das Gefühl habe, hier irgendjemandem Rechenschaft geben zu müssen für das, wie Sie das Stadtteilzentrum fördern. Und die Zusatzfrage, die ich stellen möchte, ist, meiner Meinung nach schulden sie den Menschen in den Stadtteilzentren Rechenschaft. Die Menschen, die dort regelmäßig hingegangen sind und die jetzt niemanden mehr dort haben. Und deswegen

frage

ich Sie, sind Sie bereit, die von den Kürzungen betroffenen Stadtteilzentren persönlich zu besuchen und den Menschen dort Rede und Antwort zu stehen (*Allgem. Appl.*)?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Ich habe im Vorfeld Gespräche geführt mit allen Betreibern der Stadtteilzentren, die jetzt Nachbarschaftszentren sein können in weiterer Folge, wenn sie das wollen. Und damit ist alles gesagt worden (*Allgem. Appl.*).

**6.7 Frage 7: Pflichten der HundehalterInnen,
Überprüfung der Einhaltung
(GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)**

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Zusehergalerie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, lieber Mario. Die Abschaffung der Hundesteuer in Graz hat für viele Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer finanzielle Entlastungen gebracht, obwohl die Stadt Graz weiterhin für die Errichtung und Erhaltung der Hundewiesen die Kosten übernimmt und auch die Hundesackerl aus den finanziellen Mitteln bereitstellt. Die Abschaffung der Hundesteuer hat aber auch ein hohes Maß an Unsicherheit hinsichtlich der bestehenden Pflichten für Hundebesitzer mit sich gebracht. Denn es besteht ja trotz Abschaffung der Hundesteuer die Pflicht, Hundekurse unter gewissen Voraussetzungen zu besuchen, den Hund zu chippen, die Haftpflicht abzuschließen und auch die Registrierung in der Heimtierdatenbank vorzunehmen. Jetzt sind doch einige Grazer Betreiber von Hundeschulen an uns herangetreten und die haben bemerkt, dass seit der Abschaffung der Hundesteuer auch ein merkwürdiger Rückgang bei den Anmeldungen zu den diversen Hundekursen zu verzeichnen ist. Jetzt kann man natürlich davon ausgehen, ist aber nur eine Vermutung, dass auch die anderen Punkte,

also die Versicherung, das Chippen und das Registrieren in der Datenbank, von den Hundebesitzerinnen und Hundebesitzern wissentlich oder unwissentlich vernachlässigt werden. Die Meldung von Hunden bei einer städtischen Stelle und die Ausgabe von Hundemarken hat ja größtenteils sichergestellt, dass man die ganzen Pflichten erfüllt. Das hat ja einen Sinn gehabt. Früher haben ja die Hundebesitzer die entsprechenden Nachweise bringen müssen und jetzt liegt die Kontrolle, ob diese Pflichten eingehalten werden, eigentlich bei der Stadt Graz, wobei solche Kontrollen ja nur stichprobenartig vor Ort wahrscheinlich mit einem Chiplesegerät durchgeführt werden können. Und ob und inwieweit bestehende Haftpflichtversicherung es gibt, dass wird man vor Ort wahrscheinlich kaum überprüfen können, weil der hat ja die Polizza wahrscheinlich nicht dauernd eingesteckt. Und deswegen stelle ich jetzt dir jetzt die

Frage:

Nachdem mit der Abschaffung der Hundeabgabe die bis dahin verbundene automatische Anmeldung der Hunde in der Heimtierdatenbank durch die Stadt weggefallen ist, besteht naturgemäß die Sorge, dass Hunde nicht rechtskonform gemeldet wurden bzw. keine für den Notfall notwendige Haftpflichtversicherung abgeschlossen wurde. Wie sieht deinerseits die erste Bilanz, wenn es eine gibt, hinsichtlich der Überprüfung durch Chiplesegerät und Überprüfung der Versicherungspflicht aus und inwieweit Hundebesitzer nach Abschaffung der Hundesteuer ihren Verpflichtungen nachkommen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, die

Frage:

Nachdem mit der Abschaffung der Hundeabgabe die bis dahin verbundene automatische Anmeldung der Hunde in der Heimtierdatenbank durch die Stadt Graz wegefallen ist, besteht naturgemäß die Sorge, dass Hunde nicht rechtskonform gemeldet wurden bzw. keine für den Notfall notwendige Haftpflichtversicherung abgeschlossen wurde. Wie sieht Ihrerseits die erste Bilanz hinsichtlich der Überprüfungen durch Chiplesegeräte und Überprüfung der Versicherungspflicht aus, inwieweit Hundebesitzer nach Abschaffung der Hundesteuer ihren Verpflichtungen nachkommen?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Danke, lieber Ewald, danke für die Frage. Eine solche automatische Anmeldung, wie du sie gesagt hast oder vorgebracht hast, für die Heimtierdatenbank durch die Stadt Graz hat es auch bis Ende 2018 nicht gegeben, also die gab es auch davor nicht, solange noch eine Hundeabgabe eben erhoben worden ist. Grundsätzliche Verpflichtung, du hast es teilweise schon angeführt, damit ich es einmal da hier erwähne:

Verpflichtung zu einem Hundekurs, wenn innerhalb der letzten fünf Jahre ein Hund gehalten wurde. Anmeldung über das Referat für Veterinärangelegenheiten. Dann der Abschluss einer Haftpflichtversicherung: Halter von Hunden haben für diese eine Haftpflichtversicherung über eine Mindestdeckungssumme in der Höhe von 725.000 Euro abzuschließen. Diese Haftpflichtversicherung kann auch im Rahmen einer Haushalts- oder Jagdpflichtversicherung oder einer anderen gleichartigen Versicherung gegeben sein. Mikrochip, Registrierung von Hunden, Heimtierdatenbank und Chippflicht: Alle im Bundesgebiet gehaltenen Hunde müssen gekennzeichnet und registriert werden. Für alle in Österreich gehaltenen Hunde besteht eine Pflicht zur Kennzeichnung mit Mikrochip und zur Registrierung in der bundesweiten Heimtierdatenbank für Hunde, die vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz zur Verfügung gestellt wird. Der Chip wird auf Kosten des Hundehalters vom Tierarzt eingesetzt, die Frist der Kennzeichnung bis zur zwölften Lebenswoche betrifft nur Welpen, denn andere Hunde sind innerhalb von

einem Monat nach der Kennzeichnung bzw. Einreise und Übernahme, jedenfalls aber vor der ersten Weitergabe, zu melden. Registrierung des Hundes in der Heimtierdatenbank über Datenbank des Gesundheitsministeriums, Animal partner petcard ETC, die Chipkontrollen angesprochen: Die Ordnungswache führt seit einer Woche Schwerpunktaktionen zum Thema Chipkontrollen, Maulkorb- und Leinenpflicht von Hunden durch. Eine entsprechende Statistik kann ich nachliefern, da war der Zeitraum, wie du dir vorstellen kannst, zu kurz. Wichtig ist, wir haben hier keine Möglichkeit von Seiten der Stadt Graz, Versicherungsnehmer etc. zu überprüfen, das steht uns gar nicht zu. Wir sind hier Auftragnehmer sozusagen des Landes Steiermark, hier kommt uns eigentlich nur der übertragene Wirkungsbereich zugute oder zur Last, wie immer man es sehen will, das ist unsere gesamte Kompetenz, die wir haben, die nehmen wir wahr und diese Kontrolltätigkeiten, die wir jetzt durch die Ordnungswache durchführen, sind, wie du gesagt hast, Stichproben. Andere Möglichkeiten gibt es auch derzeit nicht (*Allgem. Appl.*).

Muhr:

Danke für deine Ausführungen. Du hast uns weit erklärt, welche Pflichten bestehen und dass bei Kontrollen der Chip gelesen wird, da wird die Nummer ausgelesen, aber ob es registriert ist, weiß man trotzdem nicht. Sicherheit ist ja dein Thema. Meine

Frage

wäre ja nun: Bist du nun bereit, im Namen der Sicherheit für die Grazerinnen und Grazer eine verpflichtende Anmeldung für Hunde und eine damit verbundene Überprüfung der Pflichten der Hundehalter wiedereinzuführen. Es ist schon klar, es kostet was, Sicherheit kostet sowieso etwas, aber ich denke, die Sicherheit liegt ja auch dir besonders am Herzen und da würde mich interessieren, ob du auch bereit bist, dahingehend für Sicherheit in Graz zu sorgen? Und nicht nur den übertragenen Wirkungsbereich vom Land zu akzeptieren und das im leeren Raum stehen zu lassen,

sondern wirklich deinen Pflichten oder deiner Überzeugung, soweit ich es weiß, auch nachzukommen?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Den Verpflichtungen kommen wir nach. Alles andere ist Gesetzesmaterie, die wir nicht zu entscheiden haben, aber du bist aufgerufen, einen dementsprechenden Antrag zu stellen, den wir dann gerne an das Land weiterleiten (*Allgem. Appl.*).

**6.8 Frage 8: Öffnung des Gehweges an der Westseite des Karlauer Kirchenareals bzw. insbesondere auch jenes Gehweges zwischen der Karlauer Straße und der Rankengasse für den Radverkehr
(GR HR DI. Topf, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Es geht um den Umgebungsbereich, um das Areal rund um die Karlauer Pfarrkirche, des Karlauer Kirchenareals. Da bin ich vor eineinhalb Wochen beim sogenannten Dreifaltigkeitsfest, also beim Pfarrfest der Pfarre Karlau, angesprochen worden zu einem Thema, das da tatsächlich immer wieder zu Diskussionen führt: nämlich die Öffnung des Gehweges an der Westseite der Karlauer Kirche, also des Karlauer Kirchenareals und auch des Gehweges, derzeit Gehweges noch, zwischen der Karlauer Straße und der Rankengasse und zwar die Öffnung allenfalls für einen Radverkehr. Sehr geehrter Frau Stadträtin, liebe Elke, ich darf folgendes Anliegen oder folgende

Frage

an dich herantragen: Der Gehweg an der Westseite der Karlauer Kirche, des Karlauer Kirchenareals und insbesondere auch der zwischen der Karlauer Straße und Rankengasse. Wir haben da heute einen Bebauungsplan, deshalb vielleicht auch wichtig, dass man darüber noch einmal sich das anschaut. Situierd an der Nordseite des Kirchengebäudes bzw. des Pfarrhauses gelegene Gehweg werden, obwohl nicht als solche ausgewiesen, mehrfach schon von zahlreichen Radfahrern benützt, da diese Wege als kürzeste Verbindung vom Citypark oder vom Karlauer Platz kommend in Richtung Osten bzw. umgekehrt verwendet werden. Die vorhandene Breite der Wege scheint bei entsprechender gegenseitiger Rücksichtnahme, es ist also nicht sehr, sehr breit, der Benutzer durchaus als ausreichend, abgesehen davon gibt es Beispiele in Graz, die eine wesentlich engere Begegnungssituation aufweisen. Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage:

Liebe Elke, bist du bereit, prüfen zu lassen, ob der Gehweg an der Westseite des Karlauer Kirchenareals bzw. insbesondere auch jener zwischen der Karlauer Straße und der Rankengasse, ich habe gesagt, wir haben heute einen Bebauungsplan, dort wird ja einiges an Wohnbebauung kommen, zusätzlich für den Radverkehr geöffnet werden könnte?

Originaltext der Frage:

Von der Bezirksbevölkerung wurde an mich folgendes Anliegen herangetragen:

Der Gehweg an der Westseite des Karlauer Kirchenareals und insbesondere auch der zwischen Karlauer Straße und Rankengasse – situierd an der Nordseite des Kirchengebäudes bzw. Pfarrhauses – gelegene Gehweg werden, obwohl nicht als solche ausgewiesen, mehrfach schon von zahlreichen Radfahrern benützt, da diese Wege als kürzeste Verbindung vom Citypark oder vom Karlauer Platz kommend in Richtung Osten bzw. umgekehrt verwendet werden.

Die vorhandene Breite der Wege scheint bei entsprechender gegenseitiger Rücksichtnahme der Nutzer durchaus als ausreichend, abgesehen davon gibt es Beispiele in Graz, die eine wesentlich engere Begegnungssituation aufweisen. Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

„Bist Du bereit, prüfen zu lassen, ob der Gehweg an der Westseite des Karlauer Kirchenareals bzw. insbesondere auch jener zwischen der Karlauer Straße und der Rankengasse zusätzlich für den Radverkehr geöffnet werden könnte?“

StRⁱⁿ Kahr:

Danke, lieber Georg, für deine Anfrage, die ich sehr, sehr gut verstehen kann. Ich gehe dort jeden Tag, weil ich in der Rankengasse wohne. Und dieser Wunsch ist auch nicht neu, er kommt vereinzelt seit vielen Jahren und für mich, wie ich dort eingezogen bin in die Rankengasse, dachte ich mir selbst, es ist eigentlich ein Radweg, bis ich von einer aufmerksamen Fußgängerin aufmerksam gemacht worden bin, liebe Frau Kahr, dieses Fahrverbot gilt auch für Sie. Und ich kann das gut verstehen, dass man sich wünscht, natürlich den kürzesten Weg dort zwischen Rankengasse und Karlauer Straße als Radfahrerin auch zu nutzen, nur, und da kann ich auch mein Amt gut verstehen, die immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, die Sichtbeziehung, wenn du dort warst, dann weißt du das auch, ist nicht ungefährlich. Wenn man diesen nördlich gelegenen Gehweg mit dem Rad rausfährt, das mündet ja direkt dann in einen Gehweg und unmittelbar bei einer Querung der Karlauer Straße, wo eine Druckknopfampelanlage ist, das heißt, der Radweg würde auch nicht weiter führen und das ist ein Problem. Das heißt, das macht nur Sinn im Zusammenhang, derzeit sind ja gerade Bebauungspläne auf beiden Seiten der Karlauer Straße, dass man den gesamten Querschnitt dieser Straße dann mitbetrachtet und das ist auch so in der Überlegung unserer Ämter, dass man im Zuge dessen dann dort an eine größere

Lösung denkt, weil man muss dort auch Grundstücksablösen, man muss auch eine andere Lösung auch dort mit der Ampel, mit der Drucksignalanlage, dann schaffen. Dann im Zuge dessen mittelfristig kann man z. Bsp. an so etwas denken. Derzeit, denke ich, ist es durchaus ausreichend, dass diese Querung, also Rankengasse, Karlauer Straße im Zuge des neuen Bebauungsplanes, das etwas nördlicher ist, dort ist ja dann eine Möglichkeit für die Radfahrenden, eine kürzere Verbindung dann vorzufinden. Aber derzeit wird eher empfohlen, eine Öffnung für den Radverkehr auf dem bestehenden Gehweg dort nicht zu machen (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Topf:

Die Zusatzfrage ist eigentlich eine Bitte. Es ist auch der gesamte Bereich der Karlauer Straße im Bereich der Mühlgangbrücke etwas sozusagen unverständlich für den Rad- und Fußgängerverkehr, man kennt sich mit den Tafeln nicht aus. Also deshalb auch die Bitte, vielleicht diesen Bereich, ich habe dann auch einen Antrag entsprechend formuliert, etwas klarer zu gestalten, weil es wird dort kreuz und quer gefahren. Nach meinem Dafürhalten wird die kürzeste Verbindung einfach verwendet, sozusagen vom City Park schießt man dann über die Druckknopfampel über die Fußgängerquerung drüber und ist dann sofort in diesem Gehweg, der halt jetzt nur als Gehweg ausgewiesen wird. Also die Bitte, diesen Bereich etwas klarer auch darzustellen. Danke.

Bgm. Nagl:

Antwort, gibt es auch noch eine, bitte (*lacht*).

StRⁱⁿ **Kahr:**

Ich würde nämlich gerne antworten, weil mir das nämlich selber ein Anliegen ist. Ich kenne diese Situation dort und ich sehe das ganz gleich. Das ist ja schon lange so und ich habe das für mich auf der To-do-Liste, mit dem Straßenamt werden wir schauen, ob man da vielleicht eine bessere Kennzeichnung erfährt. Das ist tatsächlich dort ein bisschen undurchsichtig (*Allgem. Appl.*).

**6.9 Frage 9: Personalausstattung im BürgerInnenamt
(GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)**

GRⁱⁿ **Heinrichs:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter. Die Frage betreffend Personalausstattung im BürgerInnenamt bezieht sich im Speziellen auf die rechtzeitige Ausstellung der Geburtsurkunden. Das Wochengeld als Gehaltersatz ist eine wichtige soziale Errungenschaft, um Frauen nach der Geburt eines Kindes für acht Wochen materiell einigermaßen abzusichern. Nach Eintrag ins Geburtenregister, das ist also bei uns konkret das Standesamt Graz, wird die Geburtsurkunde bei der jeweiligen Krankenkasse eingerichtet. Entschuldigen Sie, dass ich „Krankengasse“ geschrieben habe. Das ist mir erst zu spät aufgefallen (*Lachen im Gemeinderatssaal*). In die Krankengasse kommen wir alle irgendwann, in der Hoffnung, dass wir eine Kasse haben (*lacht*). Pardon. Leider ist es in Graz aufgrund der zahlreichen Geburten in letzter Zeit immer wieder zu Engpässen gekommen und daher kann die aktuelle Wartezeit auf die Ausstellung der Geburtsurkunde laut Auskunft des Standesamtes nach wie vor etwa vier Wochen dauern. Allerdings der späte Ausstellungszeitraum der Geburtsurkunde hat leider weitreichende Folgen. Der Erhalt des Wochengeldes vom Sozialversicherungsträger im Rahmen des Beschäftigungsverbotes ist von der Einreichung der Geburtsurkunde abhängig. Wenn die Geburtsurkunde also verzögert

ausgestellt wird, dann kann dies für finanziell schwächer gestellte Familien eine existenziell sehr ungute Situation darstellen. Auch der Erhalt der E-Card sowie der Sozialversicherungsnummer des Neugeborenen kann erst nach Einreichung der Geburtsurkunde erfolgen. Außerdem sind die Meldung der Karenz beim Arbeitgeber sowie der Antrag auf Kinderbetreuungsgeld und einige andere etwaige Zuschüsse nur mit einer ausgestellten Geburtsurkunde möglich. Daher sollte eine bessere Personalausstattung beim Grazer BürgerInnenamt angestrebt werden. Bereits im vergangenen Jahr hat mein Gemeinderatskollege Kurt Luttenberger einen Antrag auf Personalaufstockung im BürgerInnenamt gestellt. Auch die Beantwortung liegt bereits vor. Damals wurde in der Beantwortung von einem vorübergehenden Personalengpass gesprochen, der ja doch bis November letzten Jahres, also 2018, behoben hätte sein sollen.

Und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie und bis wann gedenken Sie den nach wie vor offensichtlich bestehenden Personalengpass im BürgerInnenamt zu beheben (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Das Wochengeld ist eine gewichtige soziale Errungenschaft, um Frauen nach Geburt eines Kindes für acht Wochen (Lohn/Gehaltersatz) materiell einigermaßen abzusichern. Nach Eintrag ins Geburtenregister/Geburtenverzeichnis, konkret beim Standesamt Graz, wird die Geburtsurkunde bei der jeweiligen Krankengasse/GKK eingereicht, die auszahlende/anweisende Instanz ist. Leider ist es in Graz aufgrund der zahlreichen Geburten in letzter Zeit immer wieder zu Engpässen gekommen. So beträgt die aktuelle Wartezeit auf die Geburtsurkunde laut Auskunft des Standesamtes nach wie vor etwa vier Wochen.

Der späte Ausstellungszeitpunkt der Geburtsurkunde hat weitreichende Folgen. Der Erhalt des Wochengeldes vom Sozialversicherungsträger im Rahmen des Beschäftigungsverbotes ist von der Einreichung der Geburtsurkunde abhängig. Dies bedeutet für finanziell schwächer gestellte Familien eine existentiell bedrohliche Situation, wenn die Geburtsurkunde verzögert ausgestellt wird. Auch der Erhalt der E-Card sowie der Sozialversicherungsnummer des Neugeborenen kann erst nach Einreichung der Geburtsurkunde erfolgen. Außerdem sind die Meldung der Karenz beim Arbeitgeber sowie der Antrag auf Kinderbetreuungsgeld und viele etwaige Zuschüsse nur mit einer ausgestellten Geburtsurkunde möglich.

Daher sollte eine bessere Personalausstattung beim Grazer BürgerInnenamt angestrebt werden. Bereits im vergangenen Jahr hat unser Gemeinderat Kurt Luttenberger einen Antrag auf Personalaufstockung im BürgerInnenamt gestellt. Damals wurde in der Beantwortung von einem vorübergehenden Personalengpass gesprochen, der jedoch bis November letzten Jahres behoben hätte sein sollen.

Und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie und bis wann gedenken Sie den nach wie vor offensichtlich bestehenden Personalengpass im BürgerInnenamt zu beheben.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Danke, Frau Gemeinderätin, Ihre Analyse ist richtig. Es ist so, wie Sie es ausgeführt haben. Konkret haben wir natürlich Vorsorge getroffen. Ich darf Ihnen das so verlesen: Was hat sich geändert seit der Anfrage von Herrn Gemeinderat Luttenberger? Ende November 2018 wurden zwei Personalabgänge nachbesetzt bzw. kam im Jänner 2019 eine weitere Person als Aufstockung zum Einsatz. Seit November 2018 ist eine sehr

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 4. Juli 2019

erfahrene Standbeamtin, die leider schwer erkrankt ist seit Jänner 2019, nicht mehr im Dienst. Mit Ende Juni 2019 ist eine weitere Standesbeamtin in Pension gegangen, zuvor war diese Standesbeamtin leider oft krank und hatte auch noch zahlreichen Resturlaub. Des Weiteren wird eine Standesbeamtin in der ersten Hälfte des Jahres 2020 ihre vielen Resturlaubstage verbrauchen und dann sich in Pension begeben. Wir haben darauf reagiert. Für diese drei Standesbeamtinnen wurden bereits drei neue Mitarbeiterinnen im Frühjahr 2019 aufgenommen. Im Dienstpostenplan 2019 wurden für das Team der Standesbeamten zwei zusätzliche Dienstposten geschaffen. Mittlerweile erfolgt die Personalplanung, bedingt durch das Erfordernis der abgelegten Standesbeamtenprüfung, ohnedies schon über ein Jahr im Vorhinein. Leider können natürlich Krankheitsfälle nicht vorgesehen werden. Seit voriger Woche wurden die Rückstände bei den Geburten auf ca. ein bis maximal zwei Wochen reduziert und bis zum Herbst sollte diese angespannte Situation endgültig erledigt sein. Vielleicht noch als Zusatzinformation für Sie: Wir haben das Problem, dass bei der Ausbildung für Standesbeamte nur ein einzelner Termin pro Jahr zur Verfügung steht und daher ist es relativ schwierig, vor allem, wenn uns jemand ausfällt, können wir das nicht von außen nachbesetzen, weil diese Personen nicht ausgebildet sind. Sollte aber jetzt auf Schiene sein und sollte sich auch erledigen.

Heinrichs:

Danke vielmals für diese positive Beantwortung. Wir haben gute Aussichten und freuen uns auf 2019 Herbst (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Hoher Gemeinderat bei der Erstellung dieser Liste für die Fragestunde hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Ich darf als nächste Rednerin an das Rednerpult bitten Frau Mag. Astrid Schleicher. Sie wird Ihre Frage an die Frau Stadträtin Schwentner stellen.

**6.10 Frage 10: Konzept zur Vermeidung von Plastikmüll auf Großveranstaltungen
(GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ an StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. In meiner Anfrage geht es um das Konzept zur Vermeidung von Plastikmüll bei Großsportveranstaltungen. Die gleiche Frage habe ich erst 2018 im November an die Frau Stadtrat Wirnsberger gestellt und sie hat gemeint, sie wird erneut Gespräche mit den Veranstaltern suchen, aber offenbar sind diese Gespräche nie zustande gekommen oder waren nicht zielführend, weil die jüngsten Beispiele LadiesRun und Grazathlon zeigen, dass wieder Einwegplastikbecher verwendet wurden. Gerade beim Grazathlon, das letzte Laufereignis waren 5.000 Teilnehmer am Start und es hat aufgrund der großen Hitze vier Ladestationen gegeben. Das heißt, es hat allein bei dieser Veranstaltung 20.000 Einwegplastikbecher in der Innenstadt gegeben. Plastikmüll ist ein globales riesiges Problem, das braucht man, glaube ich, nicht mehr zu erwähnen. Das weiß ein jeder. Mikroplastik findet sich immer und überall. Und deshalb wäre einfach ein schönes Zeichen, wenn die Stadt Graz da als Vorreiterin voranschreiten würde. Deshalb meine

Frage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes, so nicht schon von Ihrer Vorgängerin initiiert, zu erwirken, das der Genehmigung sämtlicher in Graz infrage kommenden Veranstaltungen als Richtschnur zugrunde gelegt werden kann (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Einleitend darf ich festhalten, dass der Betreff gegenüber der Anfrage aus November des Vorjahres aufgrund der gegebenen Aktualität unverändert geblieben ist. Ihre

Vorgängerin, Stadträtin Wirnsberger, kündigte erneute Gespräche mit den Veranstaltern von Sportgroßveranstaltungen an. Wie jedoch die jüngsten Beispiele – Grazathlon und LadiesRun – zeigen, scheinen diese Gespräche ergebnislos geblieben zu sein.

Beim letzten Laufereignis, dem Grazathlon, waren 5.000 Athleten am Start. Es gab aufgrund der Hitze vier Labestationen, an welchen wieder Plastik-Einweg-Becher Verwendung fanden. Die Müllflut von rund 20.000 Plastikbechern in der Grazer Innenstadt kann man sich bildlich vorstellen. Es gab auch viele Beschwerden von Anrainern.

Plastikmüll ist global betrachtet ein gigantisches Problem. Mikroplastik, wie wir alle wissen, ist schon überall – in Gewässern, in den Böden von Gebirgen und sogar in Lebewesen. Deshalb wäre es ein wichtiges Zeichen, wenn Graz beispielhaft vorangeht und mit geeigneten Maßnahmen Plastikmüll einspart, indem Papierbecher oder Mehrwegbecher aus Kunststoff verwendet werden.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes – so nicht schon von Ihrer Vorgängerin initiiert – zu erwirken, das der Genehmigung sämtlicher in Graz infrage kommenden Veranstaltungen als Richtschnur zugrunde gelegt werden kann?

StRⁱⁿ Schwentner:

Danke, Frau Gemeinderätin. Ich kann Ihnen nur beipflichten. Ich war selber Teilnehmerin beim LadiesRun jetzt. Zuletzt habe ich es erlebt, dass da wirklich tausende Becher innerhalb von einer Dreiviertel-Stunde, weil der dauert ja nicht so lange, auf der Straße liegen bzw. Plastikflaschen verteilt werden und ja, das ist wirklich ein Problem. Wir müssen näher hinschauen, es ist schon viel passiert. Wir haben ja ein Abfallvermeidungsprogramm beschlossen hier. Also da war ich noch nicht hier, aber der Gemeinderat gemeinsam und einstimmig. Das scheint nicht genug zu sein. Es hat dann meine Vorgängerin, die Tina Wirnsberger, das Backup-System für Kaffeebecher eingeführt. Das ist auch nicht genug, wenn man an die Großveranstaltungen denkt natürlich. Was jetzt passiert ist, und ich möchte noch erwähnen die Initiative „gescheit feiern“, die es ja auch gibt, wo es Förderungen gibt, wenn sich feiernde Organisationen oder die Organisatoren von großen Feiern sich dem verpflichten, dann bekommen sie auch Unterstützung. Das ist offenkundig alles nicht genug. Da gebe ich Ihnen Recht und es ist ein Problem. Jetzt gerade erarbeiten wir gemeinsam mit dem Umweltamt einen Leitfaden, damit man auch nachvollziehen kann und da sich kundig machen kann, wie man nachhaltige Veranstaltungen durchführen kann. Das soll auch helfen, da einen besseren Durchblick zu bekommen. Aber ich setze mich auch gerne für eine Verordnung ein, da ist zuständig Kollegin Kahr, Straßenamt, dass bei Veranstaltungen künftig es überhaupt unterbunden wird. Ich bin da gerne dabei.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Veranstaltungsreferat.

StRⁱⁿ Schwentner:

Ich werde dem nachgehen, aber ich setze mich auf jeden Fall sehr gerne ein für so etwas (*Allgem. Appl.*).

Schleicher:

Danke für die Bereitschaft. Man kann natürlich ein Schulfest von der Größenordnung jetzt nicht mit dem Kleinen Zeitung Grazer Marathon vergleichen, wo 10.000 Teilnehmer bei sechs Ladestationen sein werden. Jetzt meine

Frage:

Der Graz-Marathon wird im Oktober sein. Werden Sie aktiv auf die Veranstalter zugehen und die Gespräche suchen? Und wie realistisch, glauben Sie, ist es, dass im Oktober schon eine Alternative wie Papierbecher eine Verwendung findet (*Appl*)?

StRⁱⁿ Schwentner:

Ich kann das Gespräch sehr gerne aktiv suchen und danke auch für die Anregung. Inwieweit das zielführend oder fruchtbringend ist, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich einfach die Gespräche führen muss. Aber ich finde das Anliegen, wie gesagt, unterstützenswert und ganz wichtig, dass wir das Plastik reduzieren (*Allgem. Appl.*).

6.11 Frage 11: Radkonzept für Großveranstaltungen (GRⁱⁿ Ussner, Grüne an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Elke, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Kollegen, Kolleginnen, Anwesende auf der Tribüne. Bei mir geht es auch um Großveranstaltungen. Graz wird ja immer mehr zu einer großen Eventstadt, das kann man sehen, wie man will. Ich habe auch positive Aspekte und negative. Speziell aber würde ich gerne über den Grazathlon reden, der am 15.6. stattgefunden hat. Der sicherlich ein sehr beliebtes Event ist, nur war es diesmal so, dass es eine geänderte Route gegeben hat aufgrund der Sperre im

Augarten und der Baustelle dort und diese veränderte Route hat sehr, sehr viel Beschwerden geerntet, weil dadurch die Innenstadt teilweise für den Radverkehr überhaupt nicht erreichbar war für mehrere Stunden. Das war für die Fahrradboten und die Lieferdienste ein massives Problem. Also wir haben da sehr, sehr viel Kritik bekommen und allgemein sollte man eigentlich einen Fokus darauf setzen, dass speziell auch bei Großveranstaltungen die Leute mit dem Radl noch immer gut von A nach B kommen und eine fahrradfreundliche Stadt schaut eben einfach anders aus, wie man es da gesehen hat bei dieser Großveranstaltung. Wenn die Leute teilweise gar nicht zu ihren Zielen kommen, die müssen Essen ausliefern mit dem Fahrrad und kommen einfach nicht hin zu ihrem Zielpunkt. Also das ist wirklich ein bisschen ärgerlich. Deswegen die

Frage:

Welche Maßnahmen planst du, um sicherzustellen, dass der Radverkehr bei Großveranstaltungen aufrechterhalten werden kann und vor allem die Hauptrouten weiterhin befahrbar bleiben (*Appl*)?

Originaltext der Frage:

Der Grazathlon ist ein beliebtes und einzigartiges Event für Graz mit mehreren tausend TeilnehmerInnen. Jedoch gab es dieses Jahr von mehreren Seiten massive Kritik an den Planungen, insbesondere was die Ausweichrouten für RadfahrerInnen betrifft.

Die Innenstadt war für RadfahrerInnen teils stundenlang nicht befahrbar. Betroffen waren auch FahrradbotInnen, die einen stark aufstrebenden Teil der urbanen Wirtschaft darstellen. Die Hauptroute am Lendkai (auf Höhe Mursteg) auf westlicher Seite war komplett gesperrt. Dies erfolgte noch dazu ohne ausreichende Information im Vorhinein. Eine fahrradfreundliche Stadt, die ihren Schwerpunkt auf Klimaschutz setzt, sieht jedenfalls anders aus.

Deshalb stelle ich folgende

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um sicherzustellen, dass der Radfahrverkehr bei Großveranstaltungen aufrechterhalten werden kann und vor allem Hauptradrouten weiterhin befahrbar bleiben?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Tamara. Für solche großen Veranstaltungen, wie es z. Bsp. der Grazathlon ist, da passiert sozusagen die Abwicklung unter der Federführung des Veranstaltungsreferates in Zusammenarbeit natürlich mit anderen Abteilungen. Aber federführend ist das Veranstaltungsreferat, das bei der Bau- und Anlagenbehörde angesiedelt ist, und das ist auch gut so und auch richtig so, weil bei solchen großen Veranstaltungen ja viele Aspekte berücksichtigt werden müssen. Nicht nur die verkehrliche Situation, sondern auch die Sicherheitsaspekte. Und ich weiß es auch aus eigener Erfahrung, dass das Veranstaltungsreferat hier den Betreibern oder den Veranstaltern auch sehr gut zur Seite steht, weil vieles oft ja auch nicht wissen kann. Das Gleiche gilt auch in Abstimmung des Straßenamtes, für das ich zuständig bin, wo wir auch immer und sehr gut mit der Landespolizeidirektion abstimmen, weil viele Änderungen der Verkehrsführung von dort auch kommen und auch nicht nur empfohlen, sondern auch vorgeschrieben werden. Das hat ganz unterschiedliche Gründe und das ist auch so beim Grazathlon. Man muss sagen, bei so großen Veranstaltungen wie bei dieser gibt es auch immer rechtzeitige Informationen schon in den Medien, also und ist auch in den Magistratsabteilungen im Vorfeld ja auch schon bekannt und da wird wirklich nach bestem Gewissen und so agiert, dass es nämlich für alle, ob das jetzt für Radfahrer ist, da sind ja Bewohner betroffen, die das rechtzeitig wissen müssen. Das gilt für Zufußgehende und natürlich vor allem für den öffentlichen Verkehr auch, der unter Großveranstaltungen natürlich auch die Fahrgäste mit

Umwegen oder mit Änderungen des Fahrplanes auf der Streckenführung oft zu rechnen haben. Das ist so bei Großveranstaltungen und wenn man das so möchte, dann muss man das auch mit in Kauf nehmen und ich kann da nur ein großes Danke eigentlich an alle, die da damit betraut sind, aussprechen, weil das ist eigentlich immer eine riesengroße logistische Herausforderung. Und das gilt für das Veranstaltungsreferat genauso wie für das Straßenamt, für die Holding Graz Linie und für alle, die da im Konkreten hinterher auch zu tun haben und vor allem aufräumen müssen (*Appl.*).

Ussner:

Ja, das ist mir schon bewusst, dass bei so riesigen Veranstaltungen, dass das eine riesige logistische Herausforderung auch ist, aber da ist es ja nicht nur um Umwege gegangen, sondern dass für die Leute teilweise wirklich bestimmte Teile der Innenstadt überhaupt nicht erreichbar waren für eine lange Zeit, die eigentlich ihre Arbeit ausführen hätten sollen. Wärest du bereit, Gespräche zu suchen mit dem Veranstaltungsreferat gemeinsam mit dem Straßenamt, dass man da Konzepte entwickelt, dass man dem Radverkehr einfach eine prioritäre Rolle gibt bei der Erarbeitung solcher Konzepte (*Appl.*)?

StRⁱⁿ Kahr:

Wenn, muss man immer alle im Auge haben. Noch einmal: Für mich gelten genauso die Zufußgehenden und der öffentliche Verkehr.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Sanfte Mobilität.

StRⁱⁿ Kahr:

Alle sanften Mobilen, weil der Zufußgehende hat am weitesten Umgehungswege zu gehen und der ist eigentlich der Schwächste da, das möchte ich wirklich so betonen. Und selbstverständlich kann ich bei solchen Großveranstaltungen mich noch mehr persönlich auch mitbemühen. Ich gehe aber davon aus, dass die Kollegen vom Straßenamt und Veranstaltungsreferat das Jahr für Jahr auch tun und ich muss jetzt noch einmal sagen, es wird immer mehr, die Flächen, die auch immer in Anspruch genommen werden, immer mehr und es wird immer, Herr Gemeinderat Schunko reden Sie selber einmal mit den Kollegen, weil Sie den Kopf schütteln.

*Zwischenruf GR **Schunko**: Die Situation war eine ganz andere.*

StRⁱⁿ Kahr:

Reden Sie mit den Kollegen vom Veranstaltungsreferat und auch vom Straßenamt, dann werden Sie einmal so Rückmeldungen hören. Ich glaube eher, dass wir müssen in manchen Bereichen einfach die Tage oder auch die Reduktion vornehmen. Ich glaube, dass das teilweise oft zu viel ist (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, das Ganze im Auge haben. Es wäre einmal spannend, wenn wir vielleicht auch als politische Fraktionen, manche davon neigen sehr stark dazu, auch Demonstrationen zu veranstalten, diese nicht auf den Gleisen zu machen, weil dann, glaube ich, hätten wir auch viele Menschen, die den öffentlichen Verkehr dann nutzen könnten, ob beim Hereinkommen oder beim Nachhausefahren. Auch noch eine kleine Anmerkung am Rande (*Allgem. Appl.*).

Ende der Fragestunde um 13.30 Uhr.